



Amann: Vom Arbeitnehmer zum
Humankapitalinvestor Seite 12

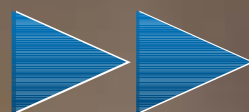


RFW-Steiermark: Die Anträge an
das Wirtschaftsparlament Seite 5

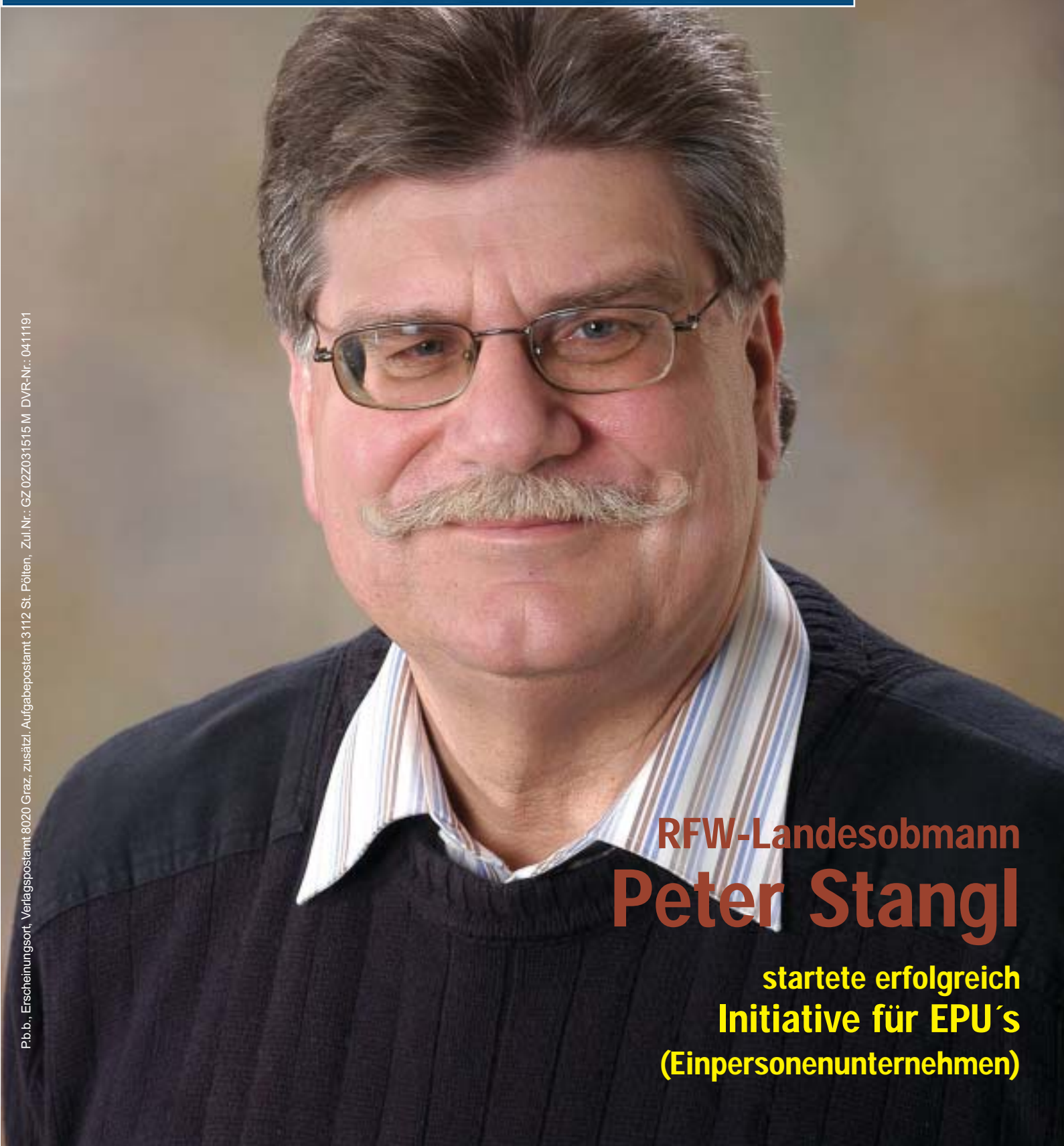
Wirtschaft aktiv

RING FREIHEITLICHER WIRTSCHAFTSTREIBENDER

Nr. 1/2007



P.b.b., Erscheinungsort, Verlagspostamt 8020 Graz, zusätzl. Aufgabepostamt 3112 St. Pölten, Zui.Nr.: GZ 022031515M DVR-Nr.: 0411191



RFW-Landesobmann
Peter Stangl

startete erfolgreich
Initiative für EPU's
(Einpersonenunternehmen)

Humankapital wird der wichtigste Wirtschaftsfaktor der Zukunft!

Der Megatrend: Vom Arbeitnehmer zum Humankapitalinvestor

Die Zukunftsforscher sind sich sicher, dass die humane Revolution nicht aufzuhalten sein wird. Die humane Revolution ist der Ausbruch des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit.

Das heißt der Übergang von einem System, in dem das Kapital gegen die Arbeit gewinnt, in ein System,

Daher müssen frühzeitig Weichen für die Veränderung der Arbeitswelt gestellt werden. Die künftige Wissensgesellschaft bezieht ihre Produktivität vom Wissen, das Kapital wird in den Hintergrund gedrängt.

Deshalb erhält der Mensch, in dessen Kopf das Wissen steckt, auch einen neuen Stellenwert in der

Im Kampf um die besten Köpfe sind Wohlfühlunternehmen mit Service für die Mitarbeiter künftig erfolgreich. Dienstleistungen in der Nähe oder Rundumservice mit Haushaltshilfe und Babysitter, sind wichtige Entscheidungsfaktoren für Humankapitalinvestoren, vor allem vor dem Hintergrund, dass gerade Frauen zu den Gewinnerinnen der humanen Revolution gehören. Doch man soll sich in Zukunft nicht nur wohl fühlen und selbst bestimmen, wann man arbeitet. Man soll über seine Arbeit frei entscheiden können.

In Zukunft werden wir dazu übergehen, dass jeder das Produkt haben kann, das er haben möchte. Die Wissensgesellschaft verlangt unsere Individualität. Durch immer ausgefeiltere Technik schließen sich Einmaligkeit und Automatisierung nicht mehr aus. Die Produkte werden so unverwechselbar wie die, die sie erfinden. Dazu kommt noch, dass wir immer niedrigere Geburtenraten haben. Weniger Nachwuchs bedeutet einen ausgetrockneten Arbeitsmarkt. Wie halten wir die guten Leute? Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnis drehen sich langsam um. Und je mehr wir Wissensarbeit, Kreativität und Teamwork in unserer Wirtschaft haben, umso wertvoller wird die Ressource Mensch.

Detlef Gürtler spricht vom "Aufstand der Wunschkinder". Die Gesamtkunstwerke ihrer Eltern sind gewöhnt, etwas Besonderes zu sein und brauchen das auch bei der Arbeit. In der Wissensgesellschaft

in dem die Arbeit in Form des Humankapitals gegen das Finanzkapital gewinnt. Vor diesem Hintergrund müssen zukunftsorientierte Unternehmer umdenken. Nicht mehr der Shareholder-value wird die interne Unternehmenspolitik bestimmen, sondern was es den Mitarbeitern bringt, dort zu arbeiten.

Wirtschaftswelt. Bereits jetzt wird um die besten Köpfe intensiv geworben. Um künftig erfolgreich zu sein, muss für den kreativen Menschen ein neues Umfeld geschaffen werden, denn nur dann wird er bereit sein, sein Humankapital dem Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Kreativität braucht Zeit und Freiheit.



ist jeder mit seinen Erfahrungen etwas Besonderes und als ganze Person gefragt. Daher werden nicht mehr die Vorgesetzten diejenigen sein, die bestimmen, in welche Richtung es geht, sondern es sind die Mitarbeiter selbst. In der mehr und mehr integrierten Arbeitsteilung vernetzt sich jeder mit seinem individuellen Können.

Jeder arbeitet an seiner Vervollkommnung, nicht mehr für die Firma. Arbeit bringt dann endlich ins Reich der Selbstverwirklichung und der Selbstverwertung.

Eigenkompetenz, Eigenverantwortung, und Selbstmanagement wird den Humankapitalinvestor auszeichnen.

Das RFW Modell der „neuen Arbeitswelten“ oder erst jüngst das RFW-Modell der modularen dualen Lehrlingsausbildung, sind Grundlagenbeiträge zur dieser Entwicklung.

RFW - Bundesobmann Fritz Amann: „Die Zukunftsforscher sind sich einig. Eine Veränderung der Arbeitswelt steht ins Haus. Es gilt heute Konzepte für morgen zu entwerfen.“



Die Entwicklung **VOM** **Arbeitnehmer zum Humankapitalinvestor** und seine Vorteile

Die Zukunft wird von Brüchen in den Arbeitsbiographien geprägt sein. Das alte Schema Vollarbeitszeit sowie generöse Karriereplanung wird von den neuen Bedürfnissen der Menschen verdrängt. Immer mehr Leute basteln sich ihre Geldquellen je nach Lebensabschnitt und Bedürfnissen zusammen. Das Motto der Zukunft heißt – „Creative Work“ - was soviel bedeutet, dass jeder für sich entscheidet, wem er sein Humankapital zur Verfügung stellt und wie lange.

Creative Capital ist der Wirtschaftstreiber der Zukunft

Die Unternehmen werden sich durchsetzen, die dem Humankapitalinvestor die Strukturen zu Verfügung stellen, indem sich das kreative Kapital optimal entfalten und zum Innovationstreiber werden kann.

Maximale Flexibilität

Vollzeitfesteinstellungen sowie vorgegebene Karrierefade sind Vergangenheit. Zukunftsfähige Unternehmen werden individuelle und flexible Kontrakte mit den Mitarbeitern aushandeln. Erfolgreich ist, wer es schafft, sich je nach Lebensphase und eigenen Bedürfnissen ein Arbeitsmodell zu kreieren.

Ich Designer

Nicht die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, sondern die Weiterentwicklung der eigenen Potentiale ist die Zukunft. Statt teuren Umschulungen entwickelt der Humankapitalinvestor seine Einzigartigkeit, indem er seine Leidenschaften und Stärken fördert und ausbaut.

Tausch von Sicherheit gegen Sinn

Die Herausforderung im Job geht vor Entlohnung. Die Fähigkeit zu einem lukrativen Angebot Nein zu sagen, weil es keine Weiterentwicklung oder Freude bringt, ist eine Zukunftskompetenz.

Für GRAZ und die STEIERMARK...

...fordert der RFW

- ➔ VERBESSERUNG der INFRASTRUKTUR
- ➔ FEINSTAUBREDUZIERUNG
- ➔ VERKEHRSENTLASTUNG

durch den sofortigen Ausbau der
Grazer Außenringautobahn

Um die Stadt Graz vom Verkehr und auch vom Feinstaub zu entlasten, kann nur eine drastische Maßnahme eine Lösung bringen. Diese Maßnahme heißt Außenringautobahn.

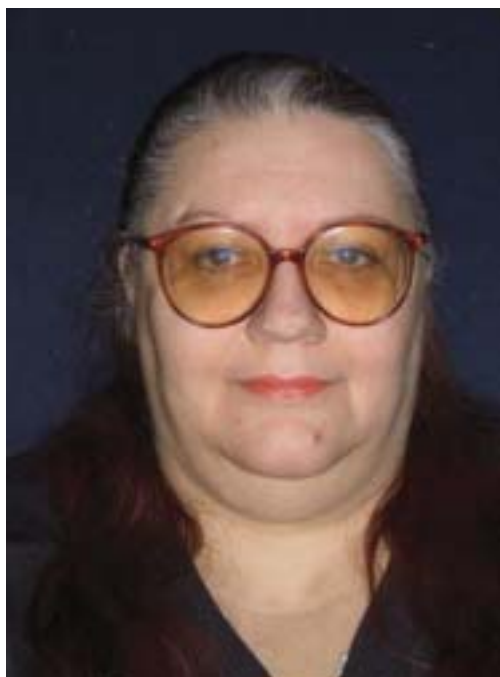
Die Ideen der Politiker das Problem zu lösen sind nicht nur schwach, sondern schlicht einfach undurchführbar. Dem aktuellen Verkehrsaufkommen mit dem öffentlichen Verkehr zu begegnen ist eine nette und richtige Idee, reicht aber für eine spürbare Feinstaubentlastung bei weitem nicht aus. Denn abgesehen von den noch nicht vorhandenen „Park and Ride Plätzen“ (man bräuchte für den Istzustand ca. 70.000 Parkplätze) ist es für die GVB zurzeit logistisch nicht möglich 70.000 – 80.000 Menschen zwischen 6 und 8 Uhr morgens in die Stadt und zwischen 16 und 18 Uhr aus der Stadt zu befördern. Dazu müssten die Busse im Minutentakt gefüllt und entleert werden. Was aber an und für sich eine unrealistische Annahme ist.

Da allerdings die Tendenz zum Pendeln noch steigen wird, werden wir in den nächsten 10 Jahren wahrscheinlich keine 70.000 sondern an die 100.000 Pendler haben, die ein- und aussteigen wollen.

Mag sein, dass unser Vorschlag wegen der Kostenfrage belächelt wird, aber auch der damalige FPÖ-Bürgermeister DI Dr. Dr. Alexander Götz wurde belächelt, als er als einer der Allerersten vorschlug einen Tunnel nicht quer, sondern längs eines Berges zu graben.

Gott sei Dank hat sich Dr. Götz damals durchgesetzt, erreichte mit seinem visionären Vorhaben das Bürgermeisteramt und hat den Bau des Plabutsch-Tunnels bewirkt.

Graz würde schon längst in Abgasen erstickt sein, hätten sich die Freiheitlichen damals nicht durchgesetzt.



Statt die Steuermittel zum weiteren Ausbau der Bürokratie, für Anschaffung teurer Abfangjäger zu verwenden oder Spekulanten subventionieren und das Geld in der Karibik versickern zu lassen, könnten mehrere solcher Projekte in Österreich finanziert werden.

Marina Soral
(Stadtbefragte RFW-Graz)

Aktuelle Anträge des RFW im steirischen Wirtschaftsparlament

Gegen die mit dem Straßenraub im Mittelalter vergleichbare ABZOCKE aller Kraftfahrer muss endlich Schluss gemacht werden...

...dafür setzt sich der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender auf allen Ebenen und mit allen Mitteln ein. Deshalb haben wir für die Frühjahrstagung des Steirischen Wirtschaftsparlaments den Kampf gegen die Abkassiererei schwerpunktmäßig zum Thema gemacht und in unseren Anträgen dokumentiert. Jeder Cent an Verteuerung rund um das Auto schwächt den Standort Steiermark und verteuert für die Konsumenten das Leben. Wir erwarten, dass diese Anträge auch die Unterstützung der anderen Fraktionen bekommen und rechnen mit einer großen Mehrheit.

→ SCHLUSS MIT DEM STRASSENRAUB DER „ÖFFENTLICHEN HAND“ ←

Kilometerabhängige Maut

Bei Einführung der Bundesmineralölsteuer wurden im Gegenzug dafür mautfreie Straßen zugesichert. Jetzt haben wir Steuer, Maut und Spitzentmaut. Autofahrer zahlen bei jedem Liter Benzin 41,5 Cent Steuer. Diese wurde bis 1987 ausschließlich für den Straßenbau verwendet. Heute fließt das Geld ins allgemeine Budget. Der ländliche Raum wird weiter benachteiligt, da dessen Bewohner viel stärker auf den PKW angewiesen sind.

Lt. Verkehrsexpertin Elisabeth Brugger-Brandau macht die Mineralölsteuer 3,7 Milliarden Euro aus. 500 Millionen davon an die ASFINAG würden das Problem lösen.

Wie man aus Medienberichten entnehmen konnte, gibt es Geheimpläne zur Einführung einer kilometerab-

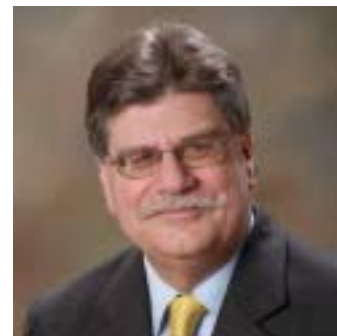
hängigen Maut, ähnlich dem Roadpricing für LKW, auch für Pkw's auf heimischen Autobahnen. Es wird derzeit über einen Preis von 5 Cent pro gefahrenen Kilometer berichtet.

Dies würde eine große Belastung für die Wirtschaft nach sich ziehen. Am Beispiel eines Handelsvertreters, der 80.000 Kilometer im Jahr und davon 70% Autobahnkilometer fährt, wäre dies eine zusätzliche Belastung von 2.800 Euro im Jahr. Aber auch für die betriebseigenen PKW's wäre dies eine massive Verteuerung.

Das Wirtschaftsparlament muss sich gegen diese Belastungen aussprechen und sofort einen klaren Standpunkt gegen die Belastung der Wirtschaft einnehmen.

Landesobmann **Peter Stangl** stellt

den Antrag, das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Steiermark solle sich vehement gegen die Einführung einer kilometerabhängigen PKW-Maut auf österreichischen Autobahnen aussprechen und wird alles unternehmen, um diese zusätzliche Belastung der heimischen Betriebe hintanzuhalten.



Vorsteuerabzug

Das Umsatzsteuergesetz sieht grundsätzlich einen Ausschluss vom Vorsteuerabzug für Anschaffung, Miete und Betrieb von PKW, Kombis und Motorrädern vor. Ausgenommen sind nur Fahrschulfahrzeuge, Vorfahrzeuge und Kfz der Autohändler, die zum Verkauf bestimmt sind, sowie Mietwagen und Taxis, die zu mehr als

80% betrieblich genutzt werden. Grundsätzlich müssen Betriebsmittel für Unternehmer von der Steuer absetzbar sein. Dies muss auch für das Betriebsmittel Kraftfahrzeug gelten. Es ist nicht gerecht, dass für einige PKW's ein Vorsteuerabzug möglich ist, während günstigere und kleinere Fahrzeuge als nicht vorsteuerabzug-

berechtigt gelten. Landesobmann **Peter Stangl** stellt den Antrag das Wirtschaftsparlament möge beschließen, den Wirtschaftskammerpräsidenten zu beauftragen, bei den gesetzgebenden Körperschaften darauf einzuwirken, dass die Vorsteuerabzugsfähigkeit für alle betrieblich genutzten Personenkraftwagen umgesetzt wird.

Halbierung der KFZ-Steuer für LKW

Aufgrund der beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung wird ab 1.7.2007 sowohl der Dieselpreis als auch die LKW-Maut erhöht.

Diese Erhöhungen belasten den Wirtschaftsstandort Österreich und gefährden Arbeitsplätze.

Als gewisse Kompensation ist die Halbierung der ohnehin auf europäischem Spitzenniveau befindlichen KFZ-Steuer für Lastkraftwagen eine

unabdingbare Forderung. Im Namen der Delegierten des RFW-Steiermark stellt **Dr. Erich Schoklitsch** den Antrag, das Wirtschaftsparlament möge beschließen, den Wirtschaftskammerpräsidenten zu beauftragen, bei den gesetzgebenden Körperschaften darauf einzuwirken, dass die Halbierung der KFZ-Steuer für LKW, wie im Regierungsprogramm festgelegt, mit 1.7.2007 umgesetzt wird.



Freibetrag für investierte Gewinne

Mit dem KMU Förderungsgesetz 2006 wurde für Einnahmen-Ausgaben-Rechner ein Freibetrag für investierte Gewinne eingeführt. Er beträgt das 10-prozentige des Jahresgewinnes (maximal 100.000 Euro) und reduziert ab der Veranlagung 2007 die Steuerbemessungsgrundlage.

Voraussetzung für die Inanspruchnahme ist, dass im gleichen Kalenderjahr Investitionen in begünstigte Wirtschaftsgütern zählen abnutzbare körperliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit einer vierjährigen Nutzungsdauer (z. B. Betriebs- und Geschäftsausstattung) sowie bestimmte Wertpapiere. Nicht begünstigt sind z. B. Investitionen in Gebäude, Pkw bzw. gebrauchte Wirtschaftsgüter.

Im soeben erschienen Entwurf des Wartungserlasses zu



den Einkommensteuerrichtlinien hat das Bundesministerium für Finanzen (BMF) seine Rechtsansicht zu dieser Steuerbegünstigung dargelegt. Bedauerlicherweise wird darin versucht, die Begünstigung einzuschränken. So soll der Freibetrag z. B. für Gesellschafter-Geschäftsführer oder Ärzte mit Sonderklassegebühren nicht zustehen. Auch Mieterinvestitionen sollen von der Begünstigung ausgeschlossen werden, obwohl der Verwaltungsgerichtshof gerade entschieden hat, dass Mieterinvestitionen in der Regel nicht dem Gebäude zuzurechnen sind. Wenn das BMF bei seiner (nicht nachvollziehbaren) Rechtsansicht bleibt, dürfte es eine Frage der Zeit sein, bis sich die Höchstgerichte damit beschäftigen müssen.

Verlustvortrag

Durch das KMU Förderungsgesetz 2006 wurde die Möglichkeit der Verlustverrechnung für Einnahmen-Ausgaben-Rechner neu geregelt. Einnahmen-Ausgaben-Rechner können ab der Veranlagung 2007 die Verluste der letzten drei Kalenderjahre als Verlustvortrag (Verlustabzug) geltend machen. Zu beachten ist - ebenso wie bei bilanzierenden Steuerpflichtigen - die sogenannte "Verlustvortragsgrenze". Demnach können vortragsfähige Verluste nur bis zu einer Höhe von maximal 75% des Gesamtbetrages der Einkünfte pro Jahr abgezogen werden. Nicht verrechenbare Verluste werden vorgetragen und können in den Folgejahren abgezogen werden.

Bisher waren bei Einnahmen-Ausgaben-Rechner jene Verluste, die in den ersten drei Jahren nach Betriebser-

öffnung entstanden sind - sogenannte "Anlaufverluste" - zeitlich unbegrenzt verrechenbar. Durch die Regelung im KMU Förderungsgesetz wären jene Anlaufverluste, die in den Jahren bis 2003 entstanden sind und bis zum Jahr 2006 nicht verrechnet werden konnten, verloren gegangen. In dem Anfang Februar versendeten Entwurf des Budgetbegleitgesetzes 2007 wurde diesbezüglich eine erfreuliche Klarstellung bzw. Neuregelung vorgesehen. Anlaufverluste der Wirtschaftsjahre bis 2006 sollen weiterhin abzugsfähig bleiben, soweit sie nicht ausgeglichen bzw. abgezogen werden konnten. Damit gehen die bis 2006 entstandenen und noch nicht verrechneten Anlaufverluste nicht unter, sondern bleiben zeitlich unbegrenzt vortragsfähig.

RFW-Bundesobmann Amann lehnt Maschinensteuer entschieden ab!

Der Bundesobmann des RFW, Ing. Fritz Amann, lehnt den Vorschlag der Gewerkschaft, die Maschinensteuer von Dallinger wieder zu diskutieren, entschieden ab und wundert sich, dass diese Initiative aus der ÖVP-Gewerkschaft kommt.

Die Gewerkschaft läuft wieder einmal in die Irre!

Die Lösung zur Problematik ist nicht die Produktivitätsabgabe, son-

dern die Humanisierung des Steuersystems, wie Amann es schon vor 2 Jahren vorgeschlagen hat. Statt wie der damalige Sozialminister Dallinger in den 80er Jahren eine Maschinensteuer zu fordern, sollte man den Faktor Lohnkosten bezogen auf den Nettoproduktionswert berücksichtigen.

Das wäre nämlich der richtige Ansatz für ein modernes Steuersystem, welches den Einsatz von Humanka-

pital belohnt, indem es steuerlich zu einer Rückvergütung kommt. Wer investiert soll nicht bestraft werden. Wer Beschäftigung schafft, soll aber belohnt werden. Daher stellt er sich statt der derzeitigen fixen KöSt. von 25% eine flexible Gestaltung dieser Unternehmenssteuer vor, indem man diese - innerhalb einer noch zu fixierenden Bandbreite - künftig dem Humanaufwand eines Betriebes anpasst.

Jede Übergabe eines Unternehmens ist ein Einzelfall. Es gibt kein Patentrezept. Daher sollte man die anstehende Übergabe genau planen. Es stehen auch Fördertöpfe für diesen Fall bereit.

Rund ein Viertel der Betriebe werden bald übergeben

Betriebsnachfolge und Unternehmensübergabe

Glaubt man den Prognosen, dann wird in den nächsten 5 bis 10 Jahren rund ein Viertel aller österreichischen Klein- und Mittelbetriebe zur Übergabe an Nachfolger anstehen. Für eine erfolgreiche Übergabe sind viele Faktoren ausschlaggebend, wichtig ist jedenfalls eine rechtzeitige Weichenstellung. Derzeit findet noch rund die Hälfte aller Nachfolgen im Familienkreis statt, aber der Anteil der Unternehmensübertragungen außerhalb der Familie steigt ständig. Patentlösungen gibt es nicht, daher sollte professionelle Beratung an erster Stelle stehen. Dafür sind einerseits Steuerberater, Wirtschaftstreuhänder und Anwälte prädestiniert, andererseits bietet auch die Wirtschaftskammer entsprechendes Service.

Vielfältige Förderungsmöglichkeiten

Eine Vielzahl von Förderungen erleichtert den Start ins Unternehmerleben bzw. die Übernahme von Betrieben, so z. B.:

- Zuschüsse für das Ansparen von Eigenkapital (sogenannter Gründungsbonus – bis 8.400 Euro)
- Investitionszuschüsse
- Kredite mit gedeckelten Zinsen
- Übernahme von Bürgschaften bzw. Garantien
- Kostenlose Gründungs- und Rechtsberatung
- Befreiung von bestimmten Gebühren

Beispiel Jungunternehmerförderung durch die Austria Wirtschaftsservice GesmbH:

Prämie für Investition in Höhe von 10 % (max. 30.000 Euro)
Haftungsübernahme von 80 % für Kredite bis 600.000 Euro (Investition) bzw. 300.000 Euro (Betriebsmittel)

Wichtig ist dabei, daß rechtzeitig – also vor Inangriffnahme des Projekts – mit der Förderstelle Kontakt aufgenommen wird.

Voraussetzung ist auch, daß das Projekt eine plausible Erfolgchance



hat. Und: Nicht alles ist förderbar – keine Prämie gibt's z. B. für Ankauf unbebauter Grundstücke oder für Transportfahrzeuge.

Wo gibt es Informationen

Gründerservice-Stellen der Wirtschaftskammern in den Bundesländern: www.gruenderservice.at

Austria Wirtschaftsservice GesmbH, Ungargasse 37, 1030 Wien, Tel. 01/50175-253 (Frau Mag. Frank), www.awsg.at

Junge Wirtschaft / Gründerservice WKO, Wiedner Hauptstr. 63, 1045 Wien, Tel. 05 90900 3030 www.nachfolgebonus.at

Förderportal der econet-Gruppe www.foerderportal.at

Deutschland ermöglicht die Mini-GmbH

In Deutschland wurde die Einlage zur GmbH - Gründung abgesenkt. Waren es früher 25.000 Euro so reichen ab 2008 Euro 10.000 zur Gründung einer GmbH.

Im Zuge dieser Novelle wurde auch die Mini-GmbH geschaffen. Bei dieser Gesellschaft braucht man nur einen Euro Stammkapital. Um die Gläubiger zu schützen, gelten hier

strenge Transparenzvorschriften und auch die Verpflichtung, jedes Jahr ein Viertel des Gewinnes als Rückstellung zu verbuchen.

So soll Stück für Stück Eigenkapital aufgebaut werden. Sind die 10.000 Euro erreicht, kann man die Mini-GmbH. in eine normale Gesellschaft mit beschränkter Haftung umwandeln.

Deutschland hat sich zu diesem

Schritt entschlossen, weil die ausländischen Billig-Rechtsformen, wie die britische Limited, sehr zugezogen hat.

In Österreich muß das Stammkapital einer GmbH. mindestens 35.000 Euro betragen. Aus dem Justizministerium hört man, daß auch hierzulande über ein Absenken der Einlagengrenzen nachgedacht wird.

RFW-Forderungen im Detail



Eine neues modulares Ausbildungssystem für die Zukunft

Das System der dualen Ausbildung

Gerade der Jugend muss man neue Ausbildungsmodelle anbieten, die den Wandel der Wirtschaft, aber auch Gesellschaft nachdrücklich berücksichtigen. Vor allem im Bereich der Facharbeiter brauchen wir für die Jugend neue Anreize, indem wir diesen Berufsweg aufwerten und interessant für die Zukunft machen. Das vom RFW entwickelte modulare duale Ausbildungssystem wäre der richtige Weg, auf dem man aus jungen Menschen von heute den Facharbeiter von morgen machen könnte.

Maximale Flexibilität durch Praktikumsvertrag

Die Suche nach einer Lehrstelle fällt weg. Der junge Mensch sucht sich ein Unternehmen, mit dem er einen Praktikumsvertrag abschließt. Daneben

schreibt er sich für das modulare Ausbildungssystem ein. Das kann er jederzeit machen, auch wenn er noch keinen Praktikumsvertrag hat. Er hat somit die Möglichkeit seine Defizite im Bereich kaufmännische und sprachliche Ausbildung zu beheben, bevor er ein Praktikum beginnt. Er hat weiter die Möglichkeit das Praktikum zu wechseln, wenn er erkennt, dass er sich in einem anderen Berufsbild ausbilden lassen will. Er kann aber auch das Unternehmen wechseln, wenn er sich in seinem Berufsbild verbreitern will (höhere Qualifikation)

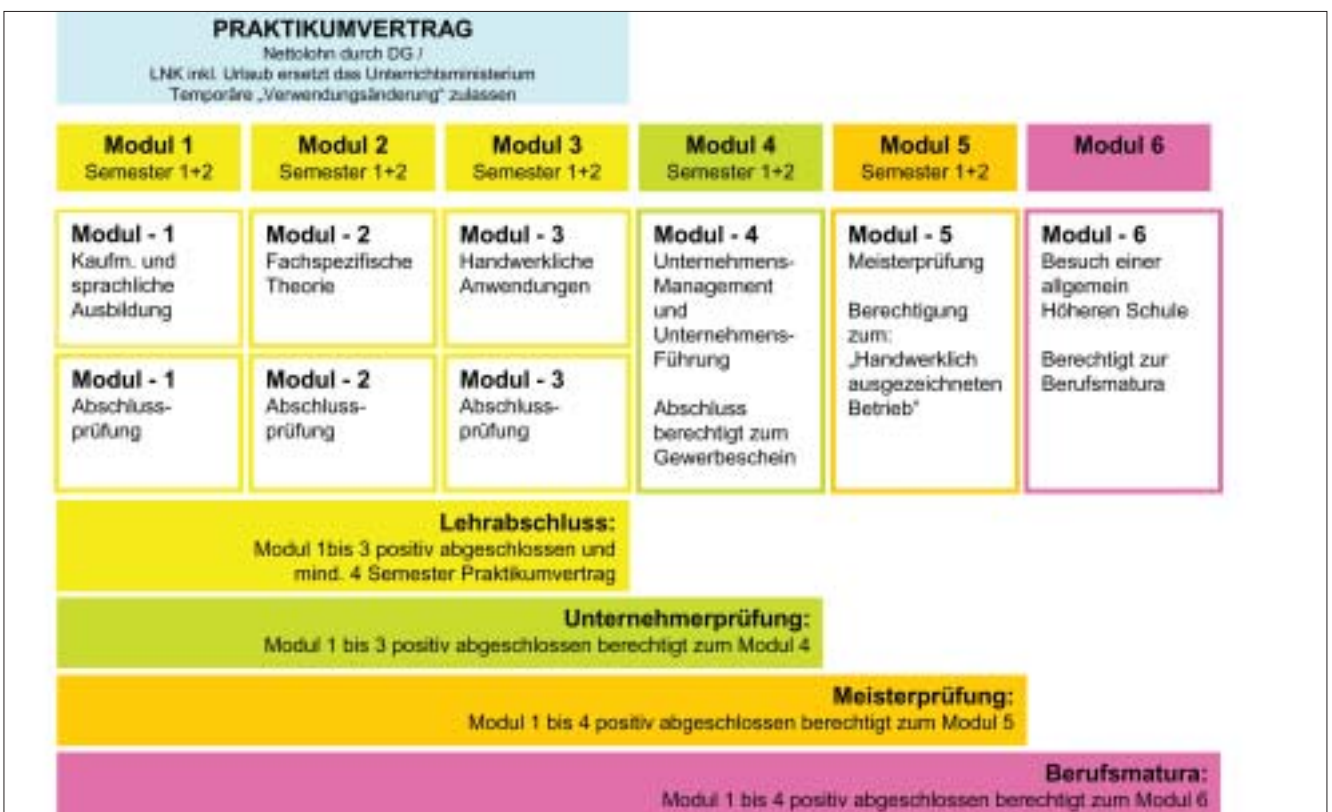
Chance auf Weiterbildung

Junge Menschen, die nur angeleitet wurden, können sich höher qualifizieren, indem sie die 3 Module positiv ab-

schließen. Mit der nachträglichen Qualifikation stehen ihnen dann die Möglichkeiten offen, mit der Unternehmer- oder Meisterprüfung ein Gewerbe bzw. qualifiziertes Gewerbe selbständig auszuüben, aber auch die Weiterbildung an einer Fachhochschule oder Universität. Chancen, von denen die heutigen Lehrlinge nur träumen können.

Aufwertung in der Gesellschaft

Der Lehrling steigert seinen gesellschaftspolitischen Stellenwert, indem er dank des neuem Ausbildungsmodus zum Fachstudent wird. Dadurch sollten mehr Jugendliche für die „Karriere mit Lehre“ gewonnen werden, schließlich braucht die Wirtschaft in Zukunft dringend gut qualifizierte Facharbeiter.



Endlich?!

2009 kommt das **Aus** für Werbesteuer

Was der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW) schon lange eingefordert hat, wird nun endlich umgesetzt, nämlich die Abschaffung der leidigen Werbe-steuer!

„Jetzt wird endlich umgesetzt werden müssen, was Ex-Finanzminister Grasser uns schon längst versprochen hat“, so Matthias Krenn, WKÖ-Vizepräsident und stellvertretender RFW-Bundesobmann zur Ankündigung von Vizekanzler und Finanzminister Molterer, die Abschaffung der Werbe-steuer im Zuge des Finanzausgleichs für 2008 anzugehen.

Die Werbesteuer war bisher ein großer und darüber hinaus noch weltweit einmaliger Standortnachteil, der die Werbewirtschaft teuer zu stehen

kam. Krenn ist sich sicher, dass die Kommunikationsbranche die eingesparten Kosten wieder großteils in Werbeaktivitäten investiert und das Wirtschaftswachstum damit direkt ankurbelt.

Weiters entsteht durch den Wegfall dieser Steuer, ein Potenzial von 1000 neuen Arbeitsplätzen innerhalb der nächsten fünf Jahre.

Durch diesen Teilerfolg sieht Krenn die Forderungen des RFW in Richtung Bagatellsteuern gestärkt.



Wir vom RFW werden weiterhin für die Abschaffung der unzähligen Bagatellsteuern, wie Gesellschaftssteuer, Feuerschutzsteuer oder Luftsteuer kämpfen. Dies ist eine unsere dringendsten Forderungen an die neue Regierungsmannschaft“, so Vizepräsident Matthias Krenn abschließend.

Höhere Krankenversicherungsbeiträge und Energiekosten treffen den Mittelstand!

Unannehmbare Mehrbelastungen für die klein- und mittelständischen Unternehmen sieht der RFW im Regierungsprogramm der großen Koalition. Die angekündigte Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge um 0,15% wird beispielsweise die Gewerbe- und Handwerksbetriebe mit rund 75 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr belasten. Auch die Erhöhung der Mineralölsteuer sowie das Roadpricing sind, angesichts der Tatsache, dass die Gewerbe- und Handwerksbetriebe der Motor der österreichischen Wirtschaft sind, ebenfalls kontraproduktiv. Es ist daher völlig unverstän-dlich, dass der Wirtschaftsbereich weiter belastet wird, der mit seinen über

90.000 Unternehmen, die 600.000 Jobs sichern und knapp 60.000 Lehrlinge ausbilden, ein Drittel des BIP erwirtschaftet.

Auch wenn man aus Sicht der Wirtschaftsforscher für 2007 optimistisch ist, ortet der RFW schon den ein oder anderen Wermutstropfen. So könnte die bereits erwähnte Steigerung der Energiekosten, die hohen Lohnnebenkosten und die anziehenden Preise für Rohprodukte bewirken, dass das zarte österreichische Konjunkturpflänzchen durch diese Belastungen zusammengestutzt wird. Der RFW jedenfalls sieht im Wirtschaftsprogramm der neuen Regie-

rung wenige Impulse der öffentlichen Hand. Der Negativtrend der letzten Jahre werde wohl fortgeführt. 20 Prozent Rückgang bei den öffentlichen Aufträgen, sind für den Standort nicht leicht zu verkraften. Die Tatsache, dass der Anteil der öffentlichen Aufträge bei Gewerbe- und Handwerksbetrieben 2006 nur noch bei 11% gelegen ist und vor 20 Jahren noch 25% betragen hat, zeigt, dass der Mittelstand zu den Verlierern der Wirtschafts-investitionspolitik der letzten Jahre zählt und diesen negativen Trend gilt es so schnell wie möglich umzukehren!



Justizministerin Berger: „Die Pflichtveröffentlichung dient nur zum Erhalt der Wiener Zeitung!“

Beim Antrittsbesuch im Justizministerium brachte der WKÖ-Vizepräsident und stellvertretende RFW-Bundesobmann Matthias Krenn dringliche Themen, wie beispielsweise die endgültige Abschaffung der Pflichtveröffentlichung in der Wiener Zeitung, auf den Tisch: „Für den RFW ist diese Veröffentlichungspflicht schon lange ein Dorn im Auge. Und sogar Justizministerin Dr. Maria Berger bestätigte unsere Vermutung – dass diese nur zum Erhalt der Wiener Zeitung beiträgt. Deshalb fordern wir vom RFW weiterhin eine rasche Abschaffung dieser Schikane und hoffen hier natürlich auf eine breite Unterstützung aus dem Ministerium“, so Krenn in einer ersten Stellungnahme.

Aber auch die neue Basel II-Regelung wurde von Vizepräsident Krenn bei diesem Termin angesprochen: „Es wurde versprochen, dass Unterkredit bis zu einer Million Euro wie normale Konsumentenkredite behandelt werden. Nur leider ist schon mehrfach mitgeteilt worden, dass auch bei diesen Krediten Basel II-Bearbeitungsgebühren, oftmals überhöhte Zinsen und diverse Spesen verrechnet werden. Eine nicht akzeptable Vorgangsweise und Zusatzbelastung für unsere heimischen Wirtschaftstreibenden.“ Auch hier hofft der RFW auf eine rasche Unterstützung der Justiz- bzw. Konsumentenministerin Dr. Berger.

Des Weiteren wurde eine Problematik

angesprochen, die vor allem Lebensmitteleinzelhändler stark betrifft:

„Bisher galten diese Unternehmen bei einer Umsatzgrenze von 600.000 Euro im Jahr als Einnahmen-Ausgabenrechner und mussten weder bilanzieren noch eine doppelte Buchhaltung führen. Mit Beginn dieses Jahres wurde die Grenze auf 400.000 Euro herabgesetzt. Dadurch ergibt sich für ca. 2.000 betroffene Betriebe mit nur geringen Gewinnen eine deutliche, für die meisten kaum noch verkraftbare, finanzielle Mehrbelastung. Auch hier wird sich der RFW weiterhin intensiv für eine vertretbare Lösung im Sinne der betroffenen Unternehmer einsetzen“, so Krenn.



„Und die einen sind im Dunklen und die andern sind im Licht, doch man sieht nur die im Lichte, die im Dunklen sieht man nicht.“

Soweit der Refrain über die Moritäten des „Mackie Messer“ in Brecht's Dreigroschenoper.

Im Dunklen bewegt sich auch weitgehend die Wirtschaftskriminalität in Österreich. Der Schaden kann nur geschätzt werden, die Internationale Handelskammer ICC Austria geht von 15 Milliarden Euro aus, das Beratungsunternehmen Ernst & Young kommt auf 23 Milliarden Euro, die Österreichs Unternehmen jährlich durch Wirtschaftskriminalität verlie-

Die im Dunklen sieht man nicht

ren. Die Delikte sind dabei weit gestreut. Sie reichen von Veruntreuung und Diebstahl – Stichwort: „Langfinger am Arbeitsplatz“ – über gefälschte Rechnungen, nicht gedeckte Schecks bis hin zur Produktpiraterie. Dazu kommen Geldanlagebetrug und diverse Internet-Gaunereien.

Auch durchaus gestandene Unternehmer fallen oft auf die gleichen Tricks herein – vor allem dann, wenn

ein scheinbar großer Gewinn winkt. Da wird ohne Bonitätsprüfung geliefert, werden Kreditkartennummern an dubiose Internetadressen geschickt oder versprochene 50 % Zinsen für eine Geldanlage von 6 Monaten als bare Münze genommen.

Daher sollten auf jeden Fall die wichtigsten Vorsichtsmaßnahmen beachtet werden, siehe Kasten.

Vorsichtsmaßnahmen gegen Kriminalität im Unternehmen:

- verstärkte interne Betriebskontrolle
- Bankauskünfte über Geschäftspartner einholen, die man nicht kennt
- gesundes Mißtrauen bei Versprechen von überhöhten Margen oder außergewöhnlich hohem Zinsertrag
- strenge Kontrolle und Überwachung aller elektronischen Zahlungsvorgänge

KOMATRINKEN - einseitige Drohungen und Strafen nicht zielführend

WK-Vizepräsident Krenn: „Den Wirten den Schwarze Peter zuzuschieben ist populistisch und unverantwortlich!“



Kritik am 3-Punkte-Plan des Wirtschaftsministers gegen das Komatrinken übt der WKÖ-Vizepräsident und stellvertretende Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW) Matthias Krenn: „Diese gesamte Thematik, so aktuell und erschreckend sie auch sein mag, in erster Linie am Rücken der Gastronomen auszutragen, ist schlicht als unakzeptabel abzulehnen“, so Krenn in einer Aussendung.

Dass die Kanzlerpartei hier an vorderster Front den Unternehmern das Leben noch schwerer machen will, ist ja nicht überraschend: „Die Forderung der SPÖ-Jugend-sprecherin Grossmann, den Gastwirten die Betriebsstät-tengenehmigung zu entziehen, ist wirtschaftlich gesehen ein Schwachsinn, aber dass auch die ÖVP und hier in der ersten Reihe das Wirtschafts- und Gesundheitsministe-rium gegen die Unternehmer zu Felde ziehen, ist nicht mehr nachvollziehbar.“

Natürlich spricht sich auch der RFW dafür aus, gegen die schwarzen Schafe im Gastronomiebereich Maßnah-men zu setzen: „Verstöße gegen den Jugendschutz sind, so wie auch schon bisher, zu bestrafen, ob im gewerb-

lichen oder im nichtgewerblichen Bereich, ob in der Disco, im Fest-zelt oder in einem Vereinslokal.“ Einseitige Drohgebärden gegenü-ber den Unternehmern und einer gesamten Branche sind hier jedoch der absolut falsche Zugang.

„Was hilft es, den Wirten die Gewerbebe-rechtigung zu entziehen, wenn die Ju-gendlichen zu Hause private Sauf-Orgien feiern, oder wie es so schön heißt ‚vorglü-hen‘. Hier ist auch an das Verantwortungsbewusstsein der Eltern und Erziehungsbe-rechtigten zu appellieren. Ein Entzug der Erziehungsberechtigung steht auch hier - zu recht - nicht zur Disposition. Das Thema ist viel mehr eine Angelegenheit, die die Gesamtbevölkerung in ihren jeweiligen Verantwor-tungsbereichen betrifft. Daher ist ein Heraus-picken einer einzelnen Zielgruppe durch die zu-ständigen Regierungsvertretern nur ein populistischer Akt, der in dieser Form keine Zustimmung findet“, so Krenn abschließend.

Neues von der Steuer

Pendlerpauschale ab 1. Juli 2007 erhöht

Mit der Erhöhung der Mineralölsteuer am 1.7.2007 wird gleichzeitig auch eine Erhöhung des Pendlerpauschales durchgeführt.

Das Pendlerpauschale wurde um rund 10% erhöht und ab 1.7.2007 müssen alle Unternehmer bei der Lohn- u. Gehaltsabrechnung ihrer Arbeitnehmer, die alle Voraussetzungen erfüllen, folgende Werte berücksichtigen:

Kleines Pendlerpauschale:

Für Fahrtstrecken von 20 bis 40 Kilo-meter gilt nun 45,50 Euro im Monat,

für Strecken von 40 bis 60 Kilometer 90 Euro und über 60 Kilometer 134,50 Euro im Monat.

Das große Pendlerpauschale (Mas-senbeförderungsmittel unzumutbar): Von 2 bis 20 Kilometer Fahrtstrecke 24,75 Euro im Monat, für Strecken von 20 bis 40 Kilometer 98,25 Euro, für Strecken von 40 bis 60 Kilometer 171 Euro und über 60 Kilometer 244,25 Euro im Monat.

Alle Arbeitnehmer, deren Einkommen unter der Lohnsteuergrenze liegt,

würden von dieser Erhöhung nicht profitieren. Dafür gibt es einen „Pendlerzuschlag“ in Höhe von höchstens 90 Euro, der als Negativsteuer vom Finanzamt vergütet wird. Dieser Zuschlag steht zu, wenn der Arbeit-nehmer mind. in einem Kalendermonat Anspruch auf das große oder klei-ne Pendlerpauschale hat. Der Pend-lerzuschlag steht für die Kalenderjah-re 2008 und 2009 zu.

Das heißt, dass dieser Zuschlag daher erstmalig im Jahr 2009 bei der Arbeit-nehmerInnenveranlagung für das Jahr 2008 geltend gemacht werden kann.

Jour Fixe der Stadtgruppe Graz



Der Jour Fixe der RFW-Stadtgruppe Graz fand diesmal mit prominenter Besetzung statt. Landesobmann Peter Stangl konnte den RFW-Bundesobmann Komm. Rat Ing. Fritz Amann und WKÖ-Vizepräsidenten Bgm. Matthias Krenn begrüßen. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und es gab interessante Diskussionsbeiträge.

Region Oststeiermark Bezirksgruppengründungen



Von links der Regionalmanager Ing. Horst Fickel mit den Bezirksobmännern und dem Landesobmann Peter Stangl Heinz Jelinek (Hartberg), Werner Pflingstl (Fürstenfeld), Josef Ecker (Feldbach), Andreas Mauerhofer (Weiz)

RFW-Stadtobfrau eröffnet neuen Mittelbetrieb in Graz

Am 12. Mai konnte in Graz ein neuer Mittelbetrieb an einem neuen Standort von der Stadtobfrau Marina Soral herzlichst begrüßt werden. Die Firma Armstark eröffnete ihre neue Filiale mit 4000m² Gesamtfläche in der Triester Straße 391 in Graz.

Die Firma Armstark ist die Nummer 1 in Österreich, wenn es um Whirlpools geht. Aber auch in den Produktparten Infrarotkabinen, Natursteine und Gasgriller, sowie im Geschäftsbereich Antiquitäten ist die ARMSTARK GmbH dank Kompetenz und großer Erfahrung sehr erfolgreich tätig. Wir vom RFW freuen uns wieder einmal einen Mittelbetrieb in Graz zu haben, welcher nicht nur Arbeitsplätze sichert, sondern auch davon überzeugt ist, in Graz den richtigen Standort für seine Filiale gefunden zu haben.



v.l.n.r.: Ing. Richard Armstark (Firmengründer), Marina Soral (Stadtobfrau RFW-Graz), Mag. Gernot Voit (Niederlassungsleiter)

45 Jahre RFW-Steiermark



Die RFW-Führung konnte zahlreiche Gäste, Vorstandsmitglieder und Ehrengäste zum 45-jährigen Bestandsjubiläum begrüßen.

Ebenfalls ein Grund zum Feiern war die einjährige Obmannschaft von Peter Stangl.

45 Jahre RFW-Steiermark ein Rückblick

Besonders danken wir Ehrenobmann Komm.Rat Hermann Gruber, Gründungsmitglied und RFW-Obmann von 1977 bis 1987, dafür dass er uns einen historischen Rückblick über die Zeit der Gründung des RFW bis heute gab. Der gesinnungstreue Ehrenobmann zeigte sich auch begeistert vom Schwung und Elan der neuen RFW-Führung unter Landesobmann Peter Stangl. Er wünschte uns für die nächsten 45 Jahre weiterhin viel Erfolg und sein Vortrag wurde von den Anwesenden mit einem Riesen-Applaus belohnt.



unsere weiteren Ehrengäste:



LO-Stv. Mag.
Elisabeth KRENN
RFW-Burgenland



Karl GARTLER
Freiheitliche
Bauernschaft



Dir. Egon GRAF
Freiheitlicher
Lehrerverein



Bezirksobmann
Gemeindekassier
Erich HAFNER



Michael WINTER
Ring Freiheitlicher
Jugend

Voller Einsatz für die EPU's...

durch LO Peter Stangl als glaubwürdigen Vertreter der kleinen und mittleren Unternehmen.

Der RFW ist die erste Organisation, welche sich für die Nöte und Sorgen der kleinen Unternehmen, insbesondere der EPU's (Einpersonunternehmen) einsetzt.

Es ist gut zu wissen, dass der RFW-Antrag zur Gründung eines Arbeitskreises für Kleinunternehmer so durchgesetzt wurde, dass jetzt die ganze Kammerorganisation dahinter steht und **sogar eine eigene Servicestelle für den bereits größten „Pflichtmitgliederkreis der Wirtschaftskammer“** eingerichtet hat.

Kammerreform bringt für einige Unternehmer eine Erhöhung der Kammerumlagen ums Dreifache.



Mit Entsetzen stellt Komm.Rat Franz KOLLER fest, dass als eine erste Maßnahme eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages als so genannte Umsetzung der Kammerreform zu bemerken ist.

Komm.Rat Koller wird sich in der nächsten Ausgabe dazu ausführlich zu Wort melden.



Medienarbeit ist auch mit kleineren Budgets möglich. Es muß nicht immer, wie beim Eurofighter, 96.000 Euro für eine Pressekonferenz ausgegeben werden.

Medienarbeit

Erfolg auch mit kleinem Budget

„Bei mir kostet das diesen Preis“ – Erika Rumpold, Geschäftsführerin der Firma 100 % Communications, sprach und verließ den Eurofighter-Untersuchungsausschuß.

Die Rede ist von den ominösen 96.000 Euro, die bei dieser feinen Firma eine Pressekonferenz gekostet hat.

Natürlich geht das bei seriösen PR-Unternehmen um Häuser billiger. Dennoch, kleinere Betriebe scheuen meistens die Kosten. Folge: Kaum Presse- bzw. Medienarbeit, die wenigen doch noch gefertigten Pressemitteilungen landen mangels Professionalität meist ungelesen in den Papierkörben der Redaktionen.

Erfolgsrezepte:

Wie kommt man in die Zeitung?

Weniger durch ein paar FreunderInnen in einer Redaktion bzw. viele Gratis-Lachsbrötchen bei einer Pressekonfe-

renz, vielmehr durch konsequentes Beachten einiger simpler Regeln:

1. Definieren Sie Ihre Zielgruppe, daraus ergibt sich, welche Medien für Ihr Unternehmen relevant sind. Wählen Sie die wichtigsten aus und treten Sie persönlich mit dem Redakteur(in) in Kontakt.

2. Für Leser muß der Inhalt Ihrer Nachricht interessant sein – nicht für Sie! Also: Neues, Ungewöhnliches, Überraschendes.

3. Das Wichtigste an den Anfang Ihrer Pressemitteilung. Journalisten haben wenig Zeit. Was am Ende einer zweiseitigen Erklärung steht, wird oft gar nicht mehr gelesen.

4. Für den Inhalt beachten Sie die 7 W-Fragen: Wer, Was, Wann, Wo, Wie, Warum, Woher (Quelle)

5. Herumflunkern, Eigenlob, Hochstapeln ist nicht gefragt. Konkrete Fakten sind wichtig.

6. Verwenden Sie Fotos und Texte zu den Bildern.

7. Eine Pressemitteilung alle 8 Monate bringt nichts. Journalisten wollen regelmäßig versorgt sein.

Für all das brauchen Sie kein Riesebudget, außerdem bieten z.B. das WI-FI, aber auch andere Institutionen laufend Seminare zum Thema Pressearbeit an, die zum Teil auch gefördert werden.

Im übrigen sagte schon Mark Twain: „Schreiben ist leicht. Man muß nur die falschen Wörter weglassen.“

Infos:

www.fachverbandwerbung.at/debrancheninfos-pr_berater.shtml
www.prva.at

Wie funktionieren Google und Co.?

„Warum wird meine Seite bei Google so weit hinten angezeigt? Diese oder ähnliche Fragen stellen sich Unternehmer oft. Um etwas mehr über die Arbeitsweise von Google zu verstehen, hier ein paar technische Details: Hinter jedem Suchmaschinen-Algorithmus steckt ein Mensch. Suchmaschinen wie Google benutzen drei Sorten von Software, um den Index aufzubauen. Diese Spezial-Software besteht aus einer Spider-Software, Index-Software und der Query-Software.

Die Spider-Software „crawls“ (= schleicht) surft durch das Internet

und schaut, ob es neue Seiten gibt, die dem Index hinzugefügt werden können. Das Programm ist einzig und allein am Text und den URL's interessiert. Spider mögen LINKS, weil Sie es sind, die ihn zu anderen Seiten im Internet führen, die wieder LINKS, Text und URL's bringen, die Sie interessieren könnte. Fertig! Die Spider Software liefert die neuen Erkenntnisse an die Index-Software, die aus der Masse an Text, Links und URLs ein sinnvolles Gebilde zaubern möchte. Mithilfe einer komplexen mathematischen Formel, wird anhand von Worten und Wortpaaren der

Index einer Suchmaschine aufgebaut. WICHTIG! Dieser Algorithmus analysiert die Seiten und Links für bestimmte Worte und Wort-Kombinationen und bewertet diese anschließend.

Die Query Software ist zuletzt das, was wir alle sehen. Wenn sie also www.google.at aufrufen, sehen Sie die Eingabezeile ihrer Suchwörter, dahinter steckt die Query Software. Geben Sie ein Wort ein, so durchsucht die Query Software nicht das Internet, sondern es überprüft den Index, der vorab durch die Indexsoftware bereitgestellt worden ist.



Cuba Libre

Das „Unternehmen Cerberus“ ist den Älteren bzw. Geschichtsbewußten durchaus bekannt: Es war der erfolgreiche Durchbruch deutscher Kriegsschiffe durch den Ärmelkanal im Februar 1942.

Ein anderes Unternehmen namens Cerberus ist ein 50 Jahre später in den USA gegründeter sogenannter „Vulture Funds“ – Geierfonds. Diese werden deswegen so genannt, weil sie über angeschlagene Firmen die Kontrolle übernehmen und sie nach beinhardter Sanierung wieder verkaufen. Oder zerschlagen und ausschlachten. Kürzlich hat das US-Unternehmen Cerberus die BAWAG dem ÖGB abgekauft. Und dann gab's plötzlich Rabatz. Eine Welle der Empörung erfaßte als erste die Grünen, kurz darauf die Roten und schließlich auch die große Außenministerin – die BAWAG hatte kubanische Konten gekündigt.



Nun – das hätte man wissen müssen. Die USA verbieten nämlich ihren Bürgern und Unternehmen jedwede Geschäfte mit Kuba.

Und das geht relativ weit – jüngst kam unser aller Governor Arnie deswegen in die Schlagzeilen. Angeblich hat er in Kanada eine kubanische Zigarre geraucht, was in den USA mit Gefängnis geahndet wird. Von einer Aufpudlung der Grünen ist in diesem Fall nichts bekannt, ist doch Schwarzenegger als Nicht-Verhinderer der Todesstrafe ein Bösling.

Kein Bösling hingegen ist der ehemalige US-Präsident Clinton, der als wackerer AIDS-Bekämpfer gerade eine Million aus Österreich abgeholt hat und dabei von Gusi und Fischer umschwärmt wurde – übrigens jener Clinton, der 1996 besagtes Gesetz in Kraft gesetzt hat, das Kuba diskriminiert.

Hoppla – liebe Rote – wie geht das zusammen, meint

Agilus

„Bemerkenswert“

Politikersprüche

„Als Landtagspräsident habe ich nur zwei Chancen in die Zeitung zu kommen: Entweder ich bringe meine Frau um, oder ich erhöhe die Diäten der Abgeordneten.“

Hessens ehemaliger Landtagspräsident Klaus Peter Möller (CDU)

„Die zehn Gebote sind deswegen so kurz und logisch, weil sie ohne Mitwirkung von Juristen zustande gekommen sind.“

Charles de Gaulle, französischer General und Politiker (1890-1970)

„Willst du den Wert des Geldes kennenlernen, dann geh und versuche dir welches zu borgen.“

Benjamin Franklin (1706 - 1790)

„Ein Ruin kann drei Ursachen haben: Frauen, Wetten oder die Befragung von Fachleuten.“

George Pompidou, franz. Politiker (1911 - 1974)

„Der Staatshaushalt muß ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden. Die Arroganz der Behörden muß gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht bankrott gehen will.“

Marcus Tullius Cicero (106 v. Chr. bis 43 v. Chr.), römischer Politiker und berühmtester Redner Roms über Probleme, die sich bis heute nicht lösen lassen.

„Es stört mich nicht, was meine Minister sagen, solange sie tun, was ich ihnen sage.“

Margaret Thatcher, ehemalige britische Premierministerin

„Der Wein behebt den Streit in kürzrer Zeit als Pfaff und Obrigkeit.“

Richard Brinsley Sheridan (1751 - 1816), irischer Politiker und Dramatiker

Jede Menge Ideen für Unternehmer



Es gibt viel zu tun! Gesetzesflut und Steuerflut hemmen Betriebe. Kreativität, Unternehmergeist und Motivation werden durch schlechte Rahmenbedingungen des Staates an Ihrer Entfaltung gehindert. Das Wirtschaftsleben ist voller Auflagen und Vorschriften. Auf der anderen Seite gibt es kaum Sozialleistungen für Selbständige.

Der RFW will daher: **Dinge vereinfachen** (Selbstveranlagung für Arbeitnehmer; Durchforsten der Gesetze auf ihre Sinnhaftigkeit, Säubern des Paragraphenschungels, Abbau unnötiger Bürokratie...), **Steuern anpassen** (Vorsteuerabzug für alle betrieblich genutzten PKWs, Anpassen der Abschreibungsdauer an die reale Nutzung, Senkung der Lohnnebenkosten...), **Soziales für Unternehmer** (Arbeitslosenversicherung für Selbständige, Arbeitslosengeld auch für Unternehmer, Unterstützung im Krankheitsfall für Unternehmer).



Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RFW) - Steiermark, Griesplatz 11, 8020 Graz
Tel.: 0316/773350, Fax 0316/773350-55; office@rfwstmk.at, www.rfwstmk.at

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RFW), Landesorganisation Steiermark, ZVR-Nr.: 028215420, 8020 Graz, Griesplatz 11, zugl. Anschrift Redaktion, Verwaltung, Anzeigen. Druck: Wiesinger, Wels.
Medieninhaber ist der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber, Landesgruppe Oberösterreich (100 %), 4020 Linz, Pochestraße 3.
Vereinszweck (gem. § 2 der Satzungen): Der RFW vereinigt Selbständige oder in leitender Stellung Erwerbstätige in der gewerblichen Wirtschaft und in den freien Berufen zum Zwecke der Durchführung wirtschaftspolitischer Aufgaben und zur gegenseitigen Unterstützung und Förderung.
Richtung: Information über Politik und Wirtschaft aus freiheitlicher Sicht im Sinne der Satzungen des RFW.
Präsidium: Landesobmann: Peter Stangl, Stellvertreter: Gabriele Karlinger, Komm.Rat Gerhard Köhldorfer, Dr. Erich Schoklitsch.

Ich möchte dem RFW beitreten

Schicken Sie mir Informationen

Name.....

Adresse.....

An den
**Ring Freiheitlicher
Wirtschaftstreiber**
Griesplatz 11
8020 Graz

